



# IHKLW Politiknews

17. AUSGABE FRÜHJAHR 2025

## Nachgefragt

zur Validierung  
von Kompetenzen

SEITE — 04

## IHKLW Standort-Umfrage

Großer  
Handlungsbedarf

SEITE — 05

## EU-Kompass

für Wettbewerbs-  
fähigkeit

SEITE — 07

### BÜROKRATIE, ENERGIE UND FACHKRÄFTE SIND TOP-THEMEN DER WIRTSCHAFT

## Neue Bundesregierung muss wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen herstellen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Auf zwei Jahre der wirtschaftlichen Rezession folgt in 2025 allenfalls eine leichte Erholung. Der Geschäftsklimaindex befindet sich laut IHK-Konjunkturumfrage unterhalb des Niveaus der Corona-Pandemie. Die Hoffnungen der Unternehmen ruhen auf einer neuen Bundesregierung – und damit aktuell auf einer schnellen Einigung von Union und SPD.

Klar ist: Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in den letzten Jahren massiv zurückgefallen. Es braucht jetzt eine substanzvoll neue Wirtschaftspolitik. Die IHKLW hat im Rahmen einer Roadshow im Januar und Februar 2025 auf insgesamt sechs Veranstaltungen Kandidierende und Unternehmensvertreter zusammengebracht. In Unternehmen wurde über die größten Herausforderungen der Wirtschaft diskutiert. Unabhängig von Branche und Unternehmensgröße waren die folgenden Themen immer mit dabei: Bürokratie, Energieversorgung und -preise, Fachkräfte und Infrastruktur.

Die neue Bundesregierung muss auch mit der Idee zweier neuer Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur klar und deutlich priorisieren, was Wachstum schafft, was Innovationen und Investitionen fördert und was der Staat wirklich leisten kann und muss. Dazu gehören wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen durch weniger Bürokratie, günstigere Energiepreise, mehr Fach- und Arbeitskräfte und eine zukunftsfähige Infrastruktur – und ein neues Mindset in Politik und Verwaltung mit Vertrauen in Freiheit, Markt und Unternehmen.

Deutschland braucht eine „Vorfahrt für Wettbewerbsfähigkeit“, um durch Wachstum und wiedererlangte ökonomische Stärke die Herausforderungen der Digitalisierung, der Klimaneutralität und nicht zuletzt in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Zukunft nachhaltig stemmen zu können. Ohne eine konsequente Wirtschaftspolitik wird das nicht gehen!

**Deutschland braucht eine  
„Vorfahrt für Wettbewerbsfähigkeit“**

## EDITORIAL

# Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Deutschland hat gewählt und wir brauchen jetzt eine stabile Regierung, die schnell ins Handeln kommt. Dazu gehört nicht zuletzt ein zügiger Beschluss eines Haushaltes für das Jahr 2025, um wieder investieren zu können. Ich erwarte von einer neuen Bundesregierung und unseren Abgeordneten aus der Region einen klaren Fokus auf mehr Wettbewerbsfähigkeit. Ich erwarte, dass uns Unternehmerinnen und Unternehmern weniger „Bürokratie“-Steine in den Weg gelegt werden, wir konkurrenzfähige Energiepreise zu zahlen haben und dass wir bei der Fach- und Arbeitskräftesicherung unterstützt werden. Nichts davon ist übertrieben, sondern Kernaufgabe einer Bundesregierung – gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen im Land.

Was uns Unternehmerinnen und Unternehmern unter den Nägeln brennt, zeigen wir mit unserer neuesten IHKLW-Standortumfrage. Darin bewerten wir Standortfaktoren in der Region – leider mit alles andere als guten Ergebnissen. Alle politischen Ebenen sind jetzt gefordert, der Wirtschaft neue Freiräume zu

schaffen. Das gilt nicht zuletzt für die EU, die uns in den letzten Jahren mit immer neuen Regulierungen vor kaum überwindbare Hürden gestellt hat (siehe das Beispiel CBAM in dieser Ausgabe).

Jetzt gilt es, wir müssen unser Land gemeinsam wieder dahin führen, wo wir einmal waren: Nach vorne, an die Spitze!

Als IHK-Organisation übernehmen wir mit der neuen Aufgabe „Validierung“ neben vielen anderen einen weiteren Beitrag zur Fach- und Arbeitskräftesicherung und damit zur Zukunftssicherung unseres Landes.

**Tun Sie mir den Gefallen  
und überlegen Sie für sich:  
Was tun Sie?**

Dr. Nina Lorea Kley

Dr. Nina Lorea Kley, Geschäftsführerin der Feldbinder Spezialfahrzeugwerke GmbH, engagiert sich als Vizepräsidentin in der IHKLW-Vollversammlung und im IHKLW-Berufsbildungsausschuss.



## IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft



Unsere IHKLW hat den neuen Podcast „Moin Wirtschaft“ gestartet. IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann geht zusammen mit seinen Gästen wichtigen Wirtschaftsfragen auf den Grund. In der ersten Ausgabe stehen die Forderungen der Wirtschaft an die neue Bundesregierung im Mittelpunkt. Zu Gast sind die Journalistin Anja Kohl und Prof. Dr. Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft. Gerade ist die zweite Folge zum Thema KI erschienen – mit Insights einer Unternehmerin und jeder Menge praxisnaher Tipps. **Wir freuen uns, wenn Sie Reinhören und Moin Wirtschaft abonnieren. Überall da, wo es Podcasts gibt. Infos unter [www.ihk.de/ihklw/moin-wirtschaft](http://www.ihk.de/ihklw/moin-wirtschaft)**



## FORDERUNGEN DER NORDDEUTSCHEN WIRTSCHAFT AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

# IHK Nord-Papier zur Bundestagswahl

Kernforderungen: Bürokratieabbau, faire Wettbewerbsbedingungen, zukunftsorientierte Investitionen und eine stärkere Unterstützung durch die Bundesregierung auf nationaler und EU-Ebene.

### 1. Maritime Wirtschaft und Infrastruktur

Die maritime Wirtschaft ist zentral für Deutschlands Export und Rohstoffversorgung und sichert über 450.000 Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung von über 50 Milliarden Euro jährlich. Norddeutschland fordert eine nationale maritime Strategie, mehr Bundesbeteiligung an Hafenkosten und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wichtige Maßnahmen sind Investitionen in die Hafeninfrastruktur, die Förderung emissionsarmer Schiffe und der Aufbau einer nachhaltigen Schiffsrecyclingindustrie. Ein Maritimer Koordinator in der Bundesregierung soll die Interessen der Branche vertreten.

### 2. Energie- und Industriepolitik

Für die angestrebte Klimaneutralität bis 2045 sind Investitionssicherheit, wettbewerbsfähige Energiepreise und der Ausbau erneuerbarer Energien essenziell. Besonders im Norden müssen Wasserstoffinfrastrukturen ausgebaut, Stromnetze modernisiert und das Energiemarktdesign reformiert werden. Ziel ist eine zuverlässige, kosteneffiziente Energieversorgung bei gleichzeitiger Sicherstellung der Grundlastfähigkeit.

### 3. Außenwirtschaftsstandort Norddeutschland

Norddeutschland ist ein zentraler Knotenpunkt des deutschen Außenhandels. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit fordern Unternehmen eine ambitionierte EU-Handelspolitik, den schnellen Abschluss wichtiger Handelsabkommen und ein Verrechnungsmodell zur Einfuhrumsatzsteuer. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden, um besonders kleine Unternehmen zu entlasten und Innovationen zu fördern.

### 4. Tourismus

Der Tourismus schafft Arbeitsplätze, stärkt die regionale Wirtschaft und verbessert das Image Norddeutschlands. Zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit sind eine transparente Förderpolitik, Bürokratieabbau und die Schaffung eines nationalen Tourismus-Koordinators notwendig. Angesichts des Fachkräftemangels müssen die Einwanderungsprozesse aus dem außereuropäischen Ausland erleichtert werden.

### 5. Ernährungswirtschaft

Die Ernährungswirtschaft spielt eine bedeutende Rolle im Norden, mit einem hohen Anteil am verarbeitenden Gewerbe und starkem Fokus auf Export und Innovation. Die Branche fordert weniger Bürokratie, einheitliche EU-Regelungen und Unterstützung neuer Technologien wie Aquakultur. Die Bundesregierung soll sich für faire Wettbewerbsbedingungen und die konsequente Umsetzung der Nationalen Bioökonomiestrategie einsetzen.

**[Werfen Sie auch einen Blick in die aktuellen wirtschaftspolitischen Positionen der DIHK.](#)**

**Hier finden Sie das [IHK Nord-Papier zur Bundestagswahl.](#)**

Die [IHK Nord](#) ist ein Zusammenschluss von 13 Industrie- und Handelskammern aus den fünf norddeutschen Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

# Nachgefragt

## zur Validierung von Kompetenzen



**Herr Ulrich, in Zeiten des Fachkräftemangels gewinnt berufliche Erfahrung immer mehr an Bedeutung. Inwiefern trägt das neue Validierungsverfahren dazu bei, diese Erfahrung besser zu nutzen?**

Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Viele Menschen erwerben ihre beruflichen Fähigkeiten außerhalb formaler Ausbildungswege, sei es durch praktische Erfahrung, Umschulungen oder Tätigkeiten im Ausland. Ohne formalen Abschluss bleibt ihr Können jedoch oft unberücksichtigt. Das neue Validierungsverfahren ermöglicht es, diese informell erworbenen Kompetenzen offiziell anerkennen zu lassen und so die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

**Seit wann ist dieses Verfahren in Kraft und wie wurde es gesetzlich verankert?**

Das Validierungsverfahren wurde im Rahmen des Berufsbildungsvalidierungs- und Digitalisierungsgesetzes (BVaDiG) eingeführt, das am 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz ergänzt das Berufsbildungsgesetz (BBiG) und schafft die rechtliche Grundlage für die Anerkennung informell erworbener beruflicher Kompetenzen.

**Welche Rolle spielt die IHK in diesem Prozess?**

Die IHKs übernehmen eine zentrale Funktion. Sie sind für die Beratung der interessierten Personen zuständig, nehmen die Anträge entgegen, organisieren die Feststellungsverfahren und stellen die entsprechenden Bescheide aus. Zudem unterstützen sie die Bewerberinnen und Bewerber dabei, passende Referenzberufe zu finden und begleiten sie durch den gesamten Prozess.

**Welche Vorteile bietet das Validierungsverfahren für die Teilnehmenden?**

Teilnehmende erhalten einen offiziellen Nachweis über ihre beruflichen Fähigkeiten, was ihre Position auf dem Arbeitsmarkt stärkt. Ein Bescheid über die vollständige Vergleichbarkeit ermöglicht zudem den Zugang zu weiterführenden Qualifikationen, wie beispielsweise der Zulassung zur Abschlussprüfung oder zu Fortbildungsprüfungen. Für Arbeitgeber bietet das Verfahren den Vorteil, die Kompetenzen ihrer Mitarbeiter besser einschätzen und gezielt einsetzen zu können.

**Gibt es bestimmte Voraussetzungen für die Teilnahme am Validierungsverfahren?**

Ja, interessierte Personen müssen mindestens 25 Jahre alt sein und über Berufserfahrung im entsprechenden Tätigkeitsfeld verfügen. Zudem ist ein Wohnsitz in Deutschland oder der Nachweis, dass ein wesentlicher Teil der Berufserfahrung in Deutschland erworben wurde, erforderlich.

**Wie können sich Interessierte weiter informieren?**

Ich empfehle, sich direkt an unsere IHK zu wenden. Bei den Fachkolleginnen und -kollegen erhalten sie individuelle Beratung und Unterstützung im Validierungsprozess. Ansprechpartner und erste Schritte finden Sie auch unter: [Berufserfahrung bestätigen lassen](#)  
[IHK Lüneburg-Wolfsburg](#)

**Lennart Ulrich**  
Berater Bildung und Fachkräfte

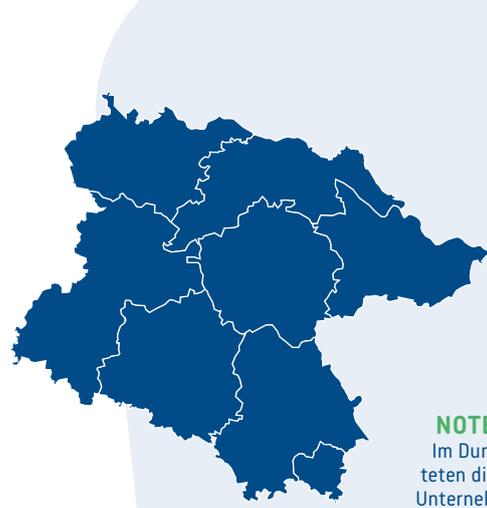
**KONTAKT**  
Telefon: 05141 9196-11  
[lennart.ulrich@ihklw.de](mailto:lennart.ulrich@ihklw.de)



„Teilnehmende erhalten einen offiziellen Nachweis über ihre beruflichen Fähigkeiten, was ihre Position auf dem Arbeitsmarkt stärkt.“

## IHKLW STANDORT-UMFRAGE

# Großer Handlungsbedarf beim Bürokratieabbau und der Planungsgeschwindigkeit



# 3,2

**NOTE INSGESAM**  
Im Durchschnitt bewerteten die teilnehmenden Unternehmer\*innen ihren Betriebsstandort mit der Note 3,2.

Wie zufrieden sind die Unternehmen im Bezirk unserer Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW) mit ihrem Wirtschaftsstandort? In einer Umfrage unter 1.627 regionalen Unternehmen ist ein Ergebnis: Die Standortattraktivität für alle sieben Landkreise im IHKLW-Bezirk und die Stadt Wolfsburg bewerten die Unternehmen mit der Durchschnitts-Note 3,2. Eine deutliche Verschlechterung seit 2020 (2,9).

Bereits zum vierten Mal hat die IHKLW Betriebe aufgerufen, ihre Region anhand von 39 Faktoren aus den Bereichen Infrastruktur, Lebensqualität, Arbeitsmarkt/Beschäftigung, Standortkosten und wirtschaftspolitisches Umfeld zu bewerten.

Hauptkritikpunkte sind Bürokratie, langsame Genehmigungsverfahren, hohe Energiepreise und Fachkräftemangel. Zudem bemängeln mangelndes politisches Verständnis für betriebliche Anliegen. Die Zufriedenheit ist seit 2020 in fast allen Bereichen gesunken. Positiv bewerten Betriebe Nahversorgung, Kulturangebot und Verkehrsanbindung.

Die Ergebnisse geben zahlreiche Hinweise auf die Themenfelder, die für die regionale Wirtschaft relevant sind und bieten eine gute Grundlage, um mit den Vertretern und Vertreterinnen aus Politik und Verwaltung ins Gespräch zu kommen.



### ENTWICKLUNG

Für 10,7 Prozent der Betriebe hat sich der Wirtschaftsstandort in den letzten fünf Jahren positiv entwickelt. 38,8 Prozent sehen demgegenüber eine verschlechterte Entwicklung.

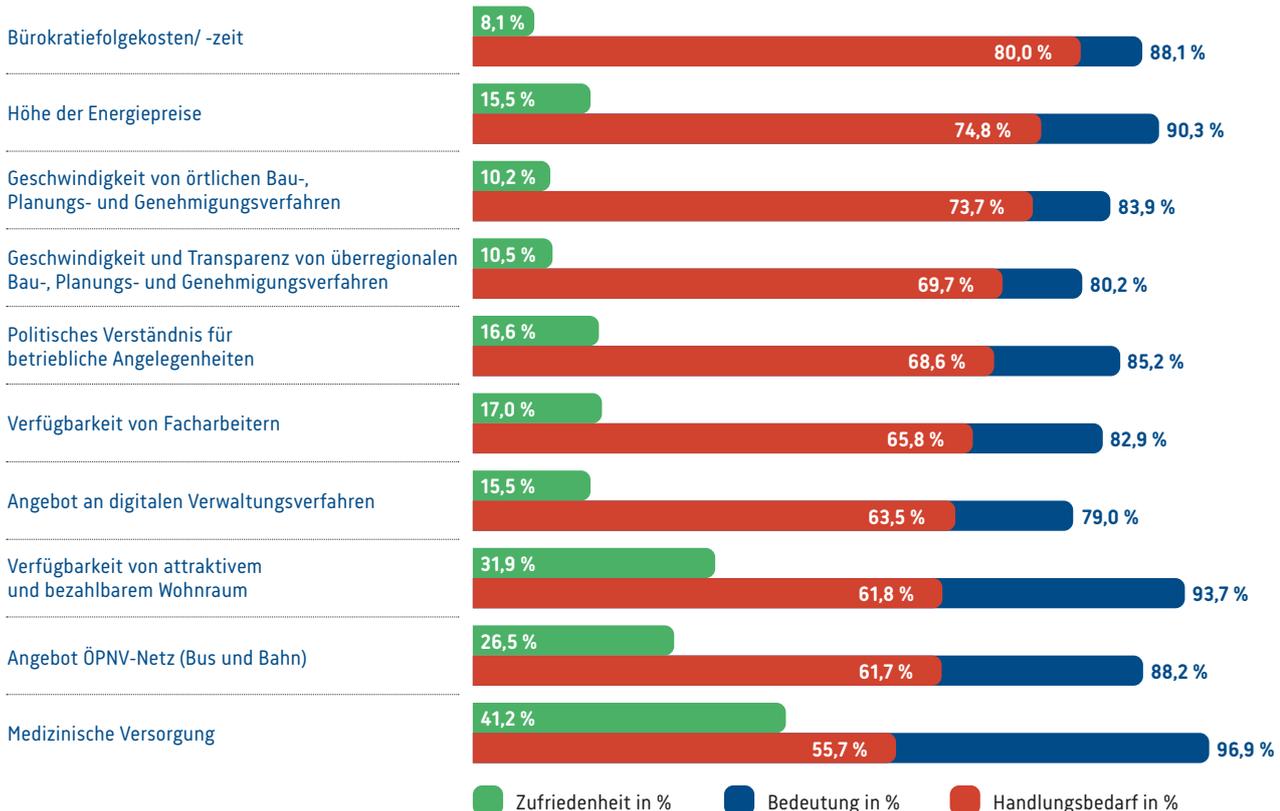


# 52%

### WEITEREMPFEHLUNG

52 Prozent der Betriebe würden ihren Betriebsstandort an befreundete Unternehmer\*innen weiterempfehlen.

## Handlungsfelder



## Stärkung der Bioenergie und mehr Planungssicherheit für Biogasanlagen

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) markiert einen Durchbruch für die Bioenergie. Die Anpassungen berücksichtigen weitgehend die Forderungen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), was einen großen Erfolg für die Branche darstellt. Besonders wichtig sind die Erhöhungen des Ausschreibungsvolumens für Biogas von 1.300 MW auf 1.648 MW sowie des Flexibilitätszuschlags auf 100 €/kW. Zudem wird der zweite Vergütungszeitraum auf zwölf Jahre verlängert, während die Begrenzung der Maisnutzung (Maisdeckel) weitgehend bestehen bleibt. Damit wird die Anpassungsfähigkeit von Biogasanlagen verbessert sowie ihre wirtschaftliche Stabilität und Rolle in der Energiewende gestärkt.

## EU-Kommission stellt Clean Industrial Deal vor

Die EU-Kommission präsentierte am 26. Februar den Clean Industrial Deal (CID), der Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung der EU vereinen soll. Der CID wird als „transformativer Geschäftsplan“ bezeichnet und zielt auf die Beschleunigung von Dekarbonisierung, Reindustrialisierung und Innovation ab. Besonders die energieintensive Industrie soll durch Anreize zu klimaneutralen Investitionen und sauberen Technologien motiviert werden. Die Kommission plant konkrete Maßnahmen in sechs Bereichen und hat dafür spezifische Ziele festgelegt. Die Wirtschaft formuliert die klare Erwartung, dass der Clean Industrial Deal zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führt.

### IBI HANDELSSTUDIE

## Herausforderungen und Zukunftsaussichten im deutschen Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland befindet sich in einer Phase beispielloser Veränderungen, die innovative und flexible Lösungen auch aus der Politik erfordern. Rasante technologische Entwicklungen, sich wandelnde Konsumgewohnheiten, eine zunehmende Präsenz von Drittstaatenhändlern sowie wachsende bürokratische Belastungen fordern den Einzelhandel heraus. Zugleich haben die Unternehmen mit hohen Energiekosten und einem Mangel an Fachkräften zu kämpfen. Hybride Vertriebskanäle, Digitalisierung, nachhaltige Geschäftsmodelle und die Bewältigung bürokratischer Hürden sind entscheidende Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Branche. Die Studie „Der deutsche Einzelhandel 2024“ nimmt diese Herausforderungen in den Fokus und beleuchtet die zentralen Themen der Einzelhandelsbranche.

Weitere Informationen:  
[www.ihk.de/ihklw/ibi-handelsstudie](http://www.ihk.de/ihklw/ibi-handelsstudie)



EU-KOMPASS FÜR  
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT  
BEGRÜSST

# IHKLW tritt für Freihandel und ein starkes Europa ein



Nach Einschätzung einer deutlichen Mehrheit der deutschen Industriebetriebe ist die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa in der Amtszeit der EU-Kommission von 2019 bis 2024 spürbar gesunken. Das hatten die IHKs in ihrer Umfrage „IHK-Unternehmensbarometer zur Europawahl 2024“ ermittelt, an der rund 3 000 Betriebe aus allen Branchen und Regionen mitgemacht haben. Umso wichtiger ist, dass die neue EU-Kommission jetzt mit dem „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“ einen Fahrplan vorgelegt hat, wie sie die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern will.

## Europas Handlungsfeld

Bürokratieabbau, die Vollendung des Binnenmarktes, die Senkung der Energiepreise und das Vorantreiben von Handelspartnerschaften sind aus Sicht der Wirtschaft wichtige Ziele. Die IHKLW fordert, dass die EU-Kommission ihre Vorhaben zügig umsetzt und ihr Versprechen einlöst, die EU-Bürokratielasten um 25 Prozent zu reduzieren. Angesichts des Regierungswechsels in den USA und der neuen geopolitischen und geoökonomischen Rahmenbedingungen braucht es ein starkes und einiges Europa, das die großen Herausforderungen gemeinsam und geschlossen angeht, damit die Wirtschaftsstandorte in der EU nicht von China und den USA abgehängt werden.

## Hausaufgaben für die neue Bundesregierung

Ist Deutschland gut vorbereitet auf die neue Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump? 85 Prozent der im November 2024 vom ifo-Institut in Zusammenarbeit mit der FAZ durchgeführten Umfrage bei 180 VWL-Professorinnen und Professoren hatten diese Frage klar mit „nein“ beantwortet. Mehrheitlich wird angegeben, dass keine ausreichenden Vorbereitungen getroffen wurden. Die Befragten sehen Rückstände bei Militärinvestitionen und beim Stand des De-Riskings bei deutschen Unternehmen. Auch gäbe es keine tiefgreifenden Maßnahmen zur Absicherung der deutschen Wirtschaft gegen handels- und außenpolitische Schocks.

## Märkte durch EU-Abkommen öffnen und absichern

Der DIHK-Umfrage Going International 2024 zufolge spürten 61 Prozent der Unternehmen hierzulande zunehmende Handelshemmnisse bei ihrem Auslandsgeschäft – dabei sind sie mehr denn je auf stabile Lieferketten und freien Handel angewiesen. Zur Diversifizierung und Absicherung der Lieferketten der deutschen Wirtschaft sollten aus Sicht vieler Unternehmen neue Handelsabkommen oder ähnliche Abkommen wie strategische Partnerschaften weltweit angestrebt werden. Die Abkommen mit Mercosur und Mexiko sollten baldmöglichst ratifiziert und mit Indonesien und Indien rasch zu Ende verhandelt werden. Auch weitere Abkommen mit Staaten in Südostasien, Lateinamerika, im arabischen Raum und Afrika sowie strategische Partnerschaften und Rohstoffabkommen bieten für viele Unternehmen bedeutende Geschäftschancen.

## Neue globale Allianzen als Chance

Die am 6. Dezember 2024 abgeschlossenen Verhandlungen zum EU-Mercosur-Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercado Común del Sur (Mercosur) könnten für die international vernetzte deutsche Wirtschaft positive Impulse bringen. Das Mercosur-Abkommen würde die Märkte Argentiniens, Brasiliens, Paraguays und Uruguays für europäische Unternehmen öffnen und einen gemeinsamen Markt mit circa 715 Millionen Menschen schaffen. Insgesamt würden mit erfolgreichem Abschluss des Abkommens rund 90 Prozent der Ein- und Ausfuhrabgaben zwischen beiden Vertragspartnern wegfallen. Es wäre das mit Blick auf den Zollabbau größte EU-Handelsabkommen: Europäische Unternehmen könnten jährlich um circa vier Milliarden Euro entlastet werden.

# IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

**13. März 2025**

## IHKLW-GedankenGut zu KI

18.30 Uhr | Kunstmuseum Wolfsburg

Industrie 4.0, Big Data, Blockchain, Metaverse und jetzt KI – gefühlt gibt es jede Saison ein neues Trendthema, das unsere Arbeitswelt auf den Kopf stellt. Doch was steckt wirklich dahinter? Und wie können wir den Spielraum des technologischen Wandels sinnvoll gestalten? Sascha Friesike – Wissenschaftler, YouTuber, Professor für digitale Innovation an der Universität der Künste Berlin sowie Direktor des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft – nimmt die Gäste mit auf eine spannende Reise durch den digitalen Wandel.

[www.gedankengut.ihklw.de](http://www.gedankengut.ihklw.de)

MEHR INFOS UND TERMINE UNTER  
[ihklw.de](http://ihklw.de)

## IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten, abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:  
[ihk-lueneburg.de/abo](http://ihk-lueneburg.de/abo)

Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS  
Der Newsletter für Politik  
und Verwaltung  
17. Ausgabe **Frühjahr 2025**

ABO BESTELLEN  
[ihk-lueneburg.de/abo](http://ihk-lueneburg.de/abo)  
> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER  
IHK Lüneburg-Wolfsburg  
Am Sande 1, 21335 Lüneburg  
Telefon 04131 742-0  
E-Mail [politiknews@ihklw.de](mailto:politiknews@ihklw.de)

VERANTWORTLICH  
Inhaltlich Verantwortlicher für  
redaktionelle Inhalte gemäß  
§ 55 Abs. 2 RStV:  
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION  
Medina Gaidus  
[medina.gaidus@ihklw.de](mailto:medina.gaidus@ihklw.de)  
Telefon 04131 742-147  
E-Mail [politiknews@ihklw.de](mailto:politiknews@ihklw.de)

**IHKLW**  
Politiknews



Besuchen Sie uns:  
[facebook.com/ihklw](https://facebook.com/ihklw)  
[linkedin.com/company/ihk-lueneburg](https://linkedin.com/company/ihk-lueneburg)



## DIE GUTE NACHRICHT

### A 39 erhält zwei Planfeststellungsbeschlüsse

Das zentrale Infrastrukturprojekt der Region, der Lückenschluss der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg, weist mittlerweile zwei planfestgestellte Bauabschnitte auf. Nachdem der Planänderungsbeschluss im Abschnitt 7 zwischen Ehra und Weyhausen bereits im Juli 2024 erlassen wurde, hat die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) als zuständige Genehmigungsbehörde Ende Januar die Planung für den Bauabschnitt 1 rund um Lüneburg genehmigt. Damit herrscht an beiden Abschnitten vollziehbares Baurecht. Entscheidend ist nun der schnelle Beschluss eines Bundeshaushaltes für das Jahr 2025.

